

Thiel, Eberhard

Article — Digitized Version

Finanzpolitische Informationsdefizite

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Thiel, Eberhard (1986) : Finanzpolitische Informationsdefizite, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 66, Iss. 12, pp. 584-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136222>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Eberhard Thiel

Finanzpolitische Informationsdefizite

Der Bundeshaushaltsplan 1987 ist vom Bundestag verabschiedet worden. Kritiker werfen der Bundesregierung vor, daß sich keine finanzpolitischen Anstrengungen zur Beseitigung der immer noch hohen Arbeitslosigkeit erkennen lassen. Die Regierung dagegen führt die bisherigen Fortschritte bei der Belebung des Wachstums und des Arbeitsmarktes mit auf ihre Konsolidierungspolitik zurück und will deshalb diesen Kurs auch fortsetzen. Die ursprünglich geplante Höhe der Nettokreditaufnahme von 24,3 Mrd. DM wurde trotz einer – zum Teil stabilitätsbedingten – Korrektur der Steuerschätzung nach unten auf 22,3 Mrd. DM reduziert, womit sogar das Soll für 1986 unterschritten wird.

Während des Bundestagswahlkampfes und danach wird sich die Konfrontation um den richtigen Kurs noch verstärken, zumal alle Parteien Steuerreformen anstreben. Von der einen Seite wird mit dem

Ruf nach mehr Gerechtigkeit eine Umverteilung der Steuerbelastung bei eher unveränderter Steuer- und Staatsquote gefordert, ohne im Detail die möglichen Konsequenzen für das Investitionsverhalten der Unternehmer zu diskutieren. Auch staatliche Maßnahmen zur wünschenswerten Verbesserung der Umweltsituation werden häufig genug angepriesen, ohne auf die Wirkungen der dadurch entstehenden Kosten und ihrer Verteilung einzugehen.

Die Regierungsparteien wiederum planen eine Reform der Einkommen- und Lohnsteuer, vielleicht auch der Körperschaftsteuer, die eine Senkung der Steuereinnahmen um 40 Mrd. DM – es werden auch andere Größenordnungen genannt – erbringen soll. Nur ein Teil dieses Betrages soll freilich zu einer echten Verminderung des Zuwachses der gesamten Steuereinnahmen führen. Der andere Teil des Einnahmeverzichts bei den genannten Steuern soll durch andere Maßnahmen finanziert werden, ohne daß heute schon hinreichend deutlich erkennbar würde, wie das geschehen soll. Wenn man sich durch eine Verminderung der Steuersätze einen positiven Einfluß auf die Leistungs- und Investitionsbereitschaft verspricht, dann muß man auch die möglicherweise negativen Effekte der vorgesehenen Kompensationsmaßnahmen erörtern. Das gilt für eine Erhöhung der indirekten Steuern ebenso wie für die nur vorübergehende Duldung einer wieder ansteigenden Nettokreditaufnahme.

Einer Sensation käme es gleich, wenn der immer wieder angekündigte Subventionsabbau tatsächlich zur Kompensation des Einnahmeverzichts herangezogen würde. Angesichts der auch im vorliegenden Haushaltsplan wieder erkennbaren Tendenzen fällt es aber schwer, an eine zentrale Rolle des Subventionsabbaus bei der Realisierung der Steuerreform zu glauben. Wenn man unter der souveränen Anwen-

dung eines politischen Instruments nicht nur die ständige Ausdehnung seiner Verwendung versteht, sondern – insbesondere angesichts seiner schädlichen Effekte – auch die Fähigkeit zu seinem Abbau, dann muß man zu dem Schluß kommen, daß die Subventionspolitik in diesem Lande nicht beherrscht wird. Schließlich muß daran erinnert werden, daß auch ein Subventionsabbau einen konzeptionellen Vorlauf benötigt, um in der Übergangsphase auftretende Störungen möglichst zu begrenzen.

Die relativ reibungslose Verabschiedung des Haushaltsplans 1987 und die Präsentation der Finanzplanung dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß eine Reihe von Risiken bestehen, unter anderem die finanzwirtschaftlichen Folgen der anstehenden Neuregelungen des Länderfinanzausgleichs und der Bundesergänzungszuweisungen sowie die Zukunft der EG-Finanzierung. Schwerwiegender erscheint jedoch angesichts großer Vorhaben wie der Steuerreform in der nächsten Legislaturperiode der Mangel an publizierten alternativen Lösungsansätzen und an Darstellungen ihrer möglichen Konsequenzen in Form von Alternativrechnungen. Dazu gehörte zum Beispiel auch eine mit Fakten untermauerte Auseinandersetzung mit der Forderung nach einer vorzeitigen Realisierung der für 1988 beschlossenen Steuersenkung und der hier erwähnten Reformpläne.

Die bevorstehende Bundestagswahl sollte hierfür kein Hindernis sein. Im Gegenteil: Eine Diskussion der möglichen Kosten und Erträge unterschiedlicher finanzpolitischer Vorhaben böte eine Chance für substantielle Wählerinformationen. Über die Forderung nach mehr Gerechtigkeit, höherem Wohlstand und heiler Umwelt kann man kaum noch abstimmen – wohl aber über konkrete Vorhaben zur Erreichung dieser Ziele. Warum wird diese Chance nicht genutzt?